



„Gut, dass ihr da seid!“

Von Jörg Radek, Vorsitzender des GdP-Bezirks Bundespolizei

Die Polizei in Deutschland genießt in der Gesellschaft ein hohes Ansehen. Das ist für unsere Arbeit von zentraler Bedeutung. Eine überwältigende Anzahl an Bürgerinnen und Bürgern wissen, was sie an „ihrer“ Polizei haben und sagen uns: „Gut, dass es euch gibt!“ Das hat sich auch rund um den Einsatz anlässlich des G20-Gipfels in Hamburg gezeigt. Vielleicht ist das Vertrauensverhältnis dadurch sogar noch gestärkt worden.

Im Nachgang versucht nun jede Partei gleich welcher Couleur aus dem Einsatzverlauf von Hamburg Kapital zu schlagen. Darüber, ob diese Versuche angemessen oder vielleicht geschmacklos sind, lässt sich je nach politischer Haltung streiten. Jedoch gibt es eine rote Linie: Und das ist der Versuch, das staatliche Gewaltmonopol infrage zu stellen.

Diese Debatte offenbart ein grundlegend falsches Verständnis von Staat, Politik und Gesellschaft. In einer Demokratie wählen Bürgerinnen und Bürger ihre politischen Vertreter, die u. a. mittels Gesetzen in deren Sinne der Gesellschaft Rahmen und Grundlage des Zusammenlebens ge-

ben. Zur Durchsetzung dieser Gesetze braucht es auch repressive Mittel. Dazu ist die Polizei vom Staat ermächtigt, unter bestimmten Umständen polizeilichen Zwang anzuwenden: Es ist ihr Auftrag, Recht und Gesetz durchzusetzen. Sie schützt damit unsere gesellschaftliche Ordnung.

Wer das staatliche Gewaltmonopol infrage stellt, stellt den Ordnungsfaktor einer Gesellschaft infrage. Der Staat ist kein Selbstzweck, sondern die anerkannte Organisationsform einer handlungsfähigen politischen Gemeinschaft. Was Reichsbürgern und „Schwarzem Block“ gemein ist, ist, dass sie alle diesen Staat gleichermaßen ablehnen. Der Umkehrschluss, den einige Vertreter aus Politik und Presse gezogen haben, nicht das polizeiliche Gegenüber sei Verursacher der Gewalt, sondern die Polizei selbst (durch angebliche Provokation oder ihre bloße Präsenz), bietet durch seine Fehlinterpretation diesen Gruppierungen Legitimation für ihre Ablehnung von Demokratie und Staat.

Die Ausübung von polizeilichem Zwang geschieht ausschließlich zum Zwecke der Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung. Die Ausübung von polizeilicher Gewalt ist an Verfassung und

Gesetze gebunden und in diesem Rahmen daher legal und legitim. Wer sollte sonst die Konfliktschlichtung übernehmen? Oder die Versammlungsfreiheit gewährleisten?

Polizeiarbeit wird beobachtet und bewertet. Das ist Ausdruck einer öffentlichen Kontrolle und gehört bis zu einem gewissen Grad zu einer offenen Gesellschaft mit einer bürgernahen Polizei selbstverständlich dazu. Es ist Ausdruck von Meinungs- und Pressefreiheit. Doch die Polizei ist als Teil der öffentlichen Verwaltung an Recht und Gesetz gebunden. Das Urteil über einen polizeilichen Einsatz fällen nicht die Medien, auch nicht Politiker oder Privatpersonen. Einzig die Gerichte sind berufen, ein Urteil zu fällen. Darin liegt auch die besondere Sorgfalt begründet, Straftaten zu dokumentieren und gerichtsverwertbar zu machen.

Wer denkt, es könne einen funktionsierenden Staat ohne staatliches Gewaltmonopol geben, dessen Vorstellung ist so weltfremd, als hätte es die Geschichte von Kain und Abel nie gegeben.

Skrupellose Finanzmärkte, wirtschaftliche Ausbeutung, Hungersnöte, Wassermangel und die vielfache Ignoranz gegenüber Not und Elend in der Welt können, ja müssen, wütend machen. Es ist richtig, dagegen zu opponieren. Protest und Demonstrationen sind Ausdruck von Widerspruch. Dieser muss bunt, schrill und laut sein – aber eben auch friedlich. Dass diese Form des Protests möglich ist, haben ebenfalls Tausende Menschen in Hamburg gezeigt. Leider sind ihr Engagement und ihre Ziele hinter den Bildern von brennenden Autos und verummten Gewalttätern mit Molotowcocktails in den Hintergrund getreten.

Bis zur Gefahr für das eigene Leben haben die Einsatzkräfte versucht, die Ordnung in Hamburg aufrechtzuerhalten. Es gab Fälle, in denen die



Kollegen beim G20-Einsatz in Hamburg.

Foto: GdP

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

Eigengefährdung gegenüber bedeutenden Sachwerten abgewogen werden musste. Zu Recht hat man sich zugunsten der Einsatzkräfte entschieden. Der Staat hat nicht versagt. Er hat seine Reaktion gezeigt. Die Polizei war präsent und der Staat hand-

lungsfähig. Handlungsfähigkeit brauchen wir aber auch im Alltag und nicht nur bei G20. Seit den 1990er-Jahren wurde diese stark beeinträchtigt: Das Leitbild „Privat vor Staat“ und später die Politik der „Schwarzen Null“ trieben den personellen Aderlass immer weiter voran. Polizeiliche Präsenz im öffentlichen Raum zu stär-

ken, sei es auf dem Bahnhofsvorplatz oder im Grenzraum, geht nur über mehr Personal. Bei einer nachhaltigen Personalpolitik stehen wir jedoch mit den Bemühungen der vergangenen Jahre gerade erst am Anfang. Hier gibt es noch viel zu tun, damit es auch weiter heißen kann: „Gut, dass Ihr da seid!“

BUNDESTAGSWAHL

Am 24. September ist Bundestagswahl. Inzwischen haben alle Parteien ihre Wahlprogramme vorgelegt, und selbstverständlich

finden sich darin überall Vorstellungen zu einem der Topwahlkampfthemen: der Inneren Sicherheit.

Ein guter Anlass, den Parteien auf den Zahn zu fühlen!

Nachdem in den vergangenen Jahren nur auf Druck der Gewerkschaft der Polizei und durch das Engagement von Parlamentariern Stellenzuwächse für die Bundespolizei erreicht wurden, ist es wichtig, deutlich zu machen: Damit sind wir mit einer Konsolidierung noch lange nicht am Ende! In Bundespolizei, Zoll und BAG gibt es noch viel zu tun.

Anstatt den Parteien Wahlprüfsteine vorzulegen, haben wir daher in diesem Jahr einen anderen Weg ge-

wählt. Wir haben ihre Programme zur Inneren Sicherheit auf Herz und Nieren geprüft und ihnen konkrete Nachfragen dazu gestellt: Wie stellen Sie sich die Umsetzung Ihrer Konzepte vor? Sind die Vorschläge mit geltendem Recht vereinbar? Wie konkret sind die Ideen durchdacht?

Allen derzeit im Bundestag vertretenen Parteien sowie der FDP haben wir je drei individuelle Fragen zu ihren Programmen gestellt. Abschließend haben wir allen Parteien eine jeweils identische Frage zur Berufstraktivität in Bundespolizei, Zoll und BAG zur Beantwortung vorgelegt.

Wir wünschen euch eine spannenden Lektüre. Und das Wichtigste: am 24. September – wählen gehen!

AS

DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Bezirk Bundespolizei**

Geschäftsstelle:
Forststraße 3a,
40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-0
Telefax (02 11) 71 04-555
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:
Dr. Hartmut Kühn (V.i.S.d.P.)
Forststraße 3a,
40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-0
Telefax (02 11) 71 04-5 55
Internet: www.gdp-bundespolizei.de
E-Mail: info@gdp-bundespolizei.de
Anja Scheuermann
Tel.: 0211-7104514
E-Mail: scheuermann@gdp-bundespolizei.de

Die Redaktion behält sich vor, LeserInnenbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Nachdruck und Verwertung, ganz oder teilweise – auch in elektronischen Medien – nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Dies gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxes sowie für Vervielfältigungen auf CD-ROM.

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 39
vom 1. Januar 2017

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2836



Wahlprogramm: <http://bit.ly/2uBPdZJ>

DP: In Ihrem Regierungsprogramm planen Sie, die Zahl der Polizisten/-innen in Bund und Ländern „noch einmal“ um 15 000 erhöhen zu wollen. Diese Formulierung verwundert angesichts der Tatsache, dass in der vergangenen Legislaturperiode die Forderung nach einem Personalzuwachs in der Bundespolizei nicht aus dem CDU-geführten Bundesinnenministerium, sondern im Wesentlichen auf Druck von Parlamentariern und des Koalitionspartners zustande kam. Weshalb wurde versäumt, eine vorausschauende Personalplanung zu entwerfen? Wie viele Stellen in welchen Aufgabenbereichen sollen nun aus dem Topf der 15 000 in der Bundespolizei ankommen?

CDU/CSU: Das unionsgeführte Bundesministerium des Innern hat sich in der vergangenen Legislaturperiode maßgeblich und erfolgreich für einen massiven Personalzuwachs bei den Sicherheitsbehörden eingesetzt: Allein bei der Bundespo-

lizei ist ein Zuwachs von 20 Prozent, beim Bundeskriminalamt von über 25 Prozent zu verzeichnen. Aufgrund der terroristischen Bedrohungslage wurde zudem ein Sicherheitspaket mit insgesamt 4500 weiteren Stellen für die Sicherheitsbehörden verteilt auf die Jahre 2017 bis 2020 vereinbart, wovon die Bundespolizei 3250 zusätzliche Stellen erhält; für das Bundeskriminalamt sind aus diesem Paket nochmals 730 zusätzliche Stellen vorgesehen. Insgesamt werden wir die Zahl der Polizisten in Bund und Ländern noch einmal um mindestens 15 000 erhöhen, sodass sich auch die Polizeiprä-



BUNDESTAGSWAHL

sens auf Straßen und Plätzen, in Zügen, auf Bahnhöfen und Flughäfen nochmals verstärken lässt.

DP: Sie planen, die Schleierfahndung in ganz Deutschland zu ermöglichen. Auch die GdP, Bezirk Bundespolizei, setzt sich dafür ein. Die Entscheidungsgewalt darüber obliegt jedoch den einzelnen Bundesländern mit ihren jeweiligen Landespolizeigesetzen. Alternativ wäre dafür eine Verfassungsänderung notwendig. Wie wollen Sie Ihr Vorhaben daher durchsetzen?

CDU/CSU: CDU und CSU wollen einheitlich hohe Sicherheitsstandards in ganz Deutschland, Zonen unterschiedlicher Sicherheit darf es nicht geben. Wir wollen, dass überall in Deutschland mithilfe einer lagebildabhängigen Schleierfahndung kontrolliert werden darf. Deshalb werden wir ein gemeinsames Musterpolizeigesetz für alle Bun-

desländer erarbeiten, in dem auch die Schleierfahndung geregelt werden soll. Zwar wird dieses Mustergesetz nicht bindend, aber doch richtungweisend sein, denn ein Bundesland, das von den gemeinsamen Regelungen abweichen möchte, wird dies gut begründen müssen.

DP: Die CDU/CSU möchte „an öffentlichen Gefahrenorten [...] den Einsatz intelligenter Videotechnik [...] verstärken“. Als Beispiele benennen Sie u. a. Einkaufszentren und Verkehrsknotenpunkte. Bei Shopping Malls und Bahnhöfen handelt es sich jedoch nicht um öffentlichen Raum, sondern Gelände der Privatwirtschaft. Wie wollen Sie dort eine Videoüberwachung nach polizeitaktischen Gesichtspunkten erreichen?

CDU/CSU: Mit dem Videoüberwachungsverbesserungsgesetz haben CDU und CSU dafür gesorgt,

dass Videoüberwachung an Orten mit Publikumsverkehr von Privaten unter erleichterten Bedingungen eingesetzt werden kann. Bei der Entscheidung über die Zulässigkeit von Videokameras – zum Beispiel in Einkaufszentren oder Fußballstadien – erhalten Sicherheitsaspekte in Zukunft ein größeres Gewicht. In den vergangenen Jahren wurde die Videoüberwachung an Bahnhöfen zusammen mit der Deutschen Bahn AG qualitativ und quantitativ bereits in erheblichem Maße ausgebaut. Diesen Weg wollen wir fortsetzen. Zudem wollen wir eine Mindestspeicherfrist einführen, damit sichergestellt ist, dass unsere Polizei die Videoaufzeichnungen auswerten kann. Mithilfe moderner Technik sollen öffentliche Fahndungen schneller und wirksamer erfolgen können – zum Beispiel durch Gesichtserkennung.

DP: In Ihrem Regierungsprogramm geben Sie an, 15 000 neue Stellen bei der Polizei in Bund und Ländern schaffen zu wollen. Im Konsolidierungsprogramm der GdP für die Bundespolizei machen wir für unsere Behörde jedoch bereits ein Personaldefizit von über 23 000 Stellen aus. Wie viele der von Ihnen geforderten 15 000 Stellen sollen auf die Bundespolizei entfallen und welche Aufgaben damit gestärkt werden?

SPD: Es war die SPD, die nach dem massiven Abbau unter schwarz-gelb wieder für einen deutlichen Stellenaufwuchs bei der Bundespolizei gesorgt hat. Die Kolleginnen und Kollegen bei der Bundespolizei wissen, dass die zwölf Jahre konservativer Bundesinnenminister nicht gut waren. Wir wollen wieder mehr Personal bei den Polizeien von Bund und Ländern. Den aktuellen Trend für die Bundespolizei wie auch für das BKA wollen wir fortsetzen, ohne die Ausbildungskapazitäten zu überfordern. Von den von uns geforderten 15 000 neuen Stellen sollen deshalb erneut ein Drittel für die Polizeien des Bundes eingestellt werden, zwei Drittel von den Ländern. Wir werden dies im Rahmen der jeweiligen Haushaltsberatungen, des praktischen Bedarfs sowie der allgemeinen Sicherheitslage prüfen.

DP: Sie sprechen sich außerdem dafür aus, den Zoll zu stärken und zu einer „effektiven Finanzpolizei des Bundes“ weiterentwickeln zu wollen. Damit würde eine langjährige zentrale Forderung der GdP im Zoll erfüllt. Wie plant die SPD nun den konkreten Umbau zu einer Finanzpolizei?

SPD: Der Zoll leistet wertvolle Arbeit bei der Bekämpfung von Kriminalität. Das gilt für die erfolgreichen Ermittlungen bei kriminellem Waffenhandel genauso wie für die Bereiche Finanz- und Steuerbetrug bis hin zur Verhinderung rechtswidriger Beschäftigung und Mindestlohnkontrolle. Wir begrüßen es, dass die GdP hier schon konkrete Vorschläge auch mit Bezug auf die polizeilichen Aufgaben des Zolls geliefert hat. Um mit konkreten Vorschlägen aus der Praxis zu einem guten Ergebnis zu kommen, kann der Umbau nur gemeinsam mit dem Zoll erfolgen.

DP: Für die Kolleginnen und Kollegen in Bundespolizei, Zoll und dem BAG ist das Thema Arbeitszeit (sei es Wochenarbeitszeit oder die Möglichkeiten zum Ausgleich von Überstunden) besonders wichtig. Sie fordern in ihrem Programm Anerkennung und Respekt für die Polizei, die sich in einem modernen Dienstrecht widerspiegeln soll. Was schlagen Sie konkret vor?



Wahlprogramm: <http://bit.ly/2t9YRMq>

SPD: Ein modernes Dienstrecht ließe sich konkret durch Einführung eines Lebensarbeitszeitkontos erreichen. Außerdem unterstützen wir die Gewerkschaften in ihrem Bestreben, den Beschäftigten mehr Zeitautonomie zu verschaffen und die Belastungen durch überlange Arbeitszeiten abzubauen. Die Wochenarbeitszeit von 41 Stunden für alle Bundesbeamtinnen und -beamten bewegt sich im üblichen Rahmen und sollte nicht erhöht werden.



DIE LINKE.

Wahlprogramm: <http://bit.ly/2uUgsGH>

DP: In Ihrem Wahlprogramm konstatieren Sie den Abbau von „18.000 Stellen bei der Polizei“ durch Kürzungen im öffentlichen Dienst in den vergangenen Jahren und wollen nun die Sicherheit der Bürger/-innen durch mehr Personal schützen. Sie bemängeln an anderer Stelle, dass „zentrale Einheiten“ bei der Bundespolizei gestärkt würden, die für die Bürger/-innen nicht ansprechbar seien. Wie sehen Ihre konkreten Personalforderungen für die Bundespolizei aus und welche Aufgabenbereiche wollen Sie stärken?

DIE LINKE: Wir wollen die Debatte über die Personalentwicklung mit einer Aufgabenkritik verbinden und die Polizei von Aufgaben entlasten. Schwarzfahren, Besitz von geringen Mengen von Betäubungsmitteln und unerlaubte Einreise sind solche Bereiche, in denen viel Arbeitszeit „für den Papierkorb“ geleistet wird. Personal benötigt die Bundespolizei vor allem dann, wenn die Flughafensicherheit wieder allein polizeiliche Aufgabe ist und nicht mehr durch Privatunternehmen übernommen wird.

DP: Sie machen sich in Ihrem Programm für das Recht auf informationelle Selbstbestimmung stark und fordern, perspektivisch alle Geheimdienste abzuschaffen. Mit welchen Mitteln wollen Sie den sicherheitspolitischen Herausforderungen einer globalisierten Welt mit ihrer grenzüberschreitenden Kriminalität (wie z. B. Menschenhandel oder Bandenkriminalität) begegnen?

DIE LINKE: Wir stellen in unserem Programm auch klar, dass die Gefahrenabwehr und die Strafverfolgung polizeiliche Aufgaben sind. Sie haben die Befugnisse, auch gegen grenzüberschreitende Formen von Kriminalität vorzugehen. Das scheitert häufig nicht an fehlenden Befugnissen beispielsweise für den Austausch von personenbezogenen Informationen, sondern schon innerhalb Deutschlands an den technischen Voraussetzungen. Hier sehen wir die Lösung in einer bedarfsgerechten technischen und personellen Ausstattung der Polizeibehörden und Staatsanwaltschaften.

DP: Seit Jahren engagiert sich DIE LINKE für ein Kernanliegen der GdP: die Schaffung einer Bundesfinanzpoli-

zei. In Ihrem aktuellen Programm findet sich diese Forderung wieder, vor allem unter dem Gesichtspunkt der Bekämpfung von Geldwäsche. Für die GdP geht die Forderung jedoch noch weiter: Wir sehen darin ein dringend erforderliches Sicherheitsinstrument zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität. Inwiefern unterstützen Sie dieses Ziel und wie stellen Sie sich den dafür notwendigen Umbau des Zolls vor?

DIE LINKE: Wir wollen die Aufgaben der Erhebung von Steuern und Zöllen klar von den polizeilichen Aufgaben trennen und den zweiten Bereich in einer Bundesfinanzpolizei bündeln. Mit der Bündelung der Ermittlungs-, Fahndungs- und Kontroll-einheiten des Zolls unter eine einheitliche Führung und Fachaufsicht soll ein Effizienzschub bei der Bekämpfung der grenzüberschreitenden, organisierten Geldwäsche, der Außenwirtschaftskriminalität, des Subventionsbetrugs und des organisierten Schmuggels erreicht werden. Hier sind auch Teile des BKA miteinzubeziehen. Der größte wirtschaftliche und fiskalische Schaden entsteht durch Steuerhinterziehung, Steuertricks und die nachfolgenden Geldwäschedelikte. Die Schaffung einer Bundesfinanzpolizei soll deshalb eine neue Zentralstellenfunktion für Steuerfahndungsdienste der Länder beinhalten, die ebenfalls gestärkt werden müssen.

DP: Sie sprechen sich in Ihrem Wahlprogramm gegen Vorratsspeicherung und Videoüberwachung aus, fordern aber gleichzeitig, dass Sicherheitsbehörden die Befugnisse benötigen, „die erforderlich sind, um zielgerichtet Gefahren abwehren zu können“. Welche Befugnisse genau sind Ihrer Meinung nach erforderlich und können die o.g. Instrumente ersetzen?

B90/DIE GRÜNEN: Wir lehnen die Vorratsdatenspeicherung (VDS) ab, denn sie bringt für echte Sicherheit nichts. Die Sicherheitsbehörden verfügen bereits über mehr Daten als sie auswerten können. Den allgemeinen Heuhaufen einfach zu vergrößern bringt erstmal nichts. Zudem ist sie mit einer freiheitlichen Demokratie nicht vereinbar, da VDS verdachts- und ereignisunabhängig pauschal und eben nicht zielgerichtet wirkt.

Wo bereits polizeiliche Maßnahmen laufen, also observiert und die individuelle Telekommunikation überwacht wird, braucht es den Rückgriff auf Vorratsdaten und allgemeine Videoüberwachung nicht. Dazu braucht es eine personell und sachlich gut ausgestattete Polizei. Mit Blick auf den Terrorismus müssen außerdem die Verantwortlichkeiten im GTAZ klarer geregelt werden, damit Anschläge, wo möglich, effektiv verhindert werden können.

DP: Sie setzen, wie auch die GdP, auf eine bürgernahe Polizei, die, wie auch die Justizbehörden, personell gut aufgestellt sein muss, um den sicherheitspolitischen Herausforderungen begegnen zu können. Ebenso kritisieren Sie die Sparmaßnahmen der vergangenen Jahre. Leider geben Sie in Ihrem Programm nicht an, wie Sie die Polizei stärken möchten. In



Wahlprogramm: <http://bit.ly/2t2jMIW>

welcher Größenordnung sollte Ihrer Meinung nach die Bundespolizei gestärkt werden, um ihren Aufgaben nachgehen zu können?

B90/DIE GRÜNEN: Wir stehen für eine deutliche Verbesserung der Personalsituation bei der Bundespolizei, haben dazu immer wieder deutlich Position bezogen und Forderungen sowie Fragen an die Bundesregierung



BUNDESTAGSWAHL

gerichtet. Wir stehen für eine personelle Stärkung der Bundespolizei, modernste Ausstattung und gute Polizeiarbeit aus einer Hand. Gerade im Hinblick auf die aktuelle Belastungssituation der Bundespolizeibeamten/-innen, die auch durch die Auswirkungen des Personalabbaus – verantwortet von der Union, die seit zwölf Jahren den Bundesinnenminister stellt – verursacht wurde, müssen alle Maßnahmen zur Entlastung und Förderung der BeamtenInnen geprüft werden. Genaue Zahlen lassen sich ohne nähere Konkretisierung pauschal nicht nennen.

DP: In Ihrem Programm beschreiben Sie die Erforderlichkeit von

„besonderen Bekämpfungskonzepten“, um der international verflochtenen Organisierten Kriminalität (OK) Herr zu werden. Spitzenreiter bei der Bekämpfung der OK in Deutschland ist der Zoll. Dieser wird in Ihrem Programm jedoch in diesem Zusammenhang überhaupt nicht genannt. Ist Ihnen das von der GdP seit Jahren vorgeschlagene Konzept einer Umgestaltung des Zolls hin zu einer Bundesfinanzpolizei bekannt und wie ist die Haltung Ihrer Partei dazu?

B90/DIE GRÜNEN: Organisierte Kriminalität und internationaler Terrorismus kennen keine staatlichen Grenzen. Die Bekämpfung von Geld-

wäsche und Terrorismusfinanzierung erfordert daher konzentrierte Anstrengungen auf Länder-, Bundes- und europäischer Ebene. Leider war und ist die Bundesregierung kein Vorreiter bei der Bekämpfung der Geldwäsche und hinkt seit Jahren mangels Gesamtstrategie hinterher. Unsere Anfragen zum Antigeldwäschevollzug in den Ländern haben eindrucksvolle und erschreckende Zahlen zur Vernachlässigung des Problems geliefert. Wir stimmen zu, dass die Kriminalitätsfelder der Organisierten Kriminalität nicht die Aufmerksamkeit bekommen, die eigentlich angezeigt wäre. Dem Zoll kommt hierbei eine wichtige Rolle zu.



Wahlprogramm: <http://bit.ly/2tFAdS2>

DP: In Ihrem Programm schildern Sie Ihre Überzeugung, dass „eine vernünftige Personal- und Sachausstattung von Polizei und Justiz“ die „effektivste Waffe gegen Verbrecher“ sei. Als die FDP zuletzt an der Bundesregierung beteiligt war, ging das Bundespolizeipersonal eher zurück, auch weil Ruhestandsdaten nicht berücksichtigt und rechtzeitig ausgeglichen wurden. Wie wollen Sie konkret die Bundespolizei personell „vernünftig“ ausstatten?

FDP: Die Notwendigkeit der Wahrnehmung zusätzlicher Aufgaben vor einer verschärften Sicherheitslage und bestehender Überstundenberge dürfen nicht dazu führen, dass unsere Polizei nicht mehr alle ihre Aufgaben umfassend und sachgerecht wahrnehmen kann. Deshalb brauchen wir deutschlandweit mindestens 15 000 zusätzliche Polizeibeamte bei den Länderpolizeien. Auch im Bereich der Bundespolizei sind neue Aufgabenfelder hinzugekommen. Auf der anderen Seite sehen wir, dass rund ein Drittel der Bundespolizisten in den nächsten zehn Jahren in den Ruhe-

stand gehen werden. Wir brauchen daher mindestens so viele Neueinstellungen, dass der Stellenkegel bei der Bundespolizei nicht nur rechnerisch, sondern faktisch gleich bleibt. Darüber hinaus sehen wir einen zusätzlichen Bedarf, um gerade neuralgische Punkte (Bahnhöfe, Flughäfen) besser sichern und die neuen beziehungsweise deutlich erweiterten Aufgabenfelder sachgerecht erledigen zu können.

DP: In den 90er-Jahren war für die FDP der Slogan „Privat vor Staat“ tragend und führte unter anderem zu einer Privatisierung der Luftsicherheitsaufgaben. Spätestens seit 9/11 wurde allen bewusst, wie sicherheitssensibel und komplex diese Aufgabe ist. In den vergangenen Monaten und Jahren wurden regelmäßig Defizite bei der Luftsicherheitskontrolle durch private Dienstleister festgestellt. Die GdP fordert daher die Schaffung einer Bundesanstalt des Öffentlichen Rechts für Luftsicherheit, in der unter Aufsicht der Bundespolizei die Luftsicherheitsaufgaben wieder in staatlicher Hand gebündelt werden. Können wir bei diesem Vorhaben mit Ihrer Unterstützung rechnen?

FDP: Luftsicherheit ist zweifelsohne ein sehr sensibler Bereich, bei dem sowohl ein hohes Sicherheitsniveau gewährleistet sein muss als auch ein reibungsloser Ablauf, um die Funktionsfähigkeit des Luftverkehrs nicht zu beeinträchtigen. Die Aufgabenerfüllung im Bereich der Luftsicherheit muss in ein Gesamtkonzept einer modernen und effizienten Sicherheitsar-

chitektur eingebettet sein. Dazu gehört unter anderem, die Aufgaben von Bundespolizei und anderen Sicherheitsbehörden wie dem Zoll auf Doppelzuständigkeiten und mögliche Reibungsverluste zu überprüfen. Sofern im Zuge einer Neuaufstellung der Sicherheitsbehörden Kapazitäten von gut ausgebildeten Beamten frei werden, wäre auch zu überlegen, ob diese mit Aufgaben der Luftsicherheit betraut werden könnten. Eine neue Bundesbehörde lehnen wir Freie Demokraten hingegen ab. Es muss bei der Reform der Sicherheitsarchitektur gerade darum gehen, Kompetenzen nicht weiter zu zersplittern. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass die Aufsicht der Bundespolizei über die Luftsicherheit unabhängig von der Erfüllung der Aufgaben durch hoheitliche oder private Stellen gesichert wird. Es geht vor allem darum, ein interessengerechtes Ergebnis zu erzielen, das den Sicherheitsbelangen Rechnung trägt und dabei zugleich die bestmögliche Effizienz bietet. Beim Einsatz privater Dienstleister muss daher für eine hinreichende Qualität gesorgt werden, ebenso für eine kontinuierliche und zuverlässige Aufgabenerfüllung.

DP: Sie wollen eine „mit Smartphones oder Tablets ausgestattete Polizei“, damit diese direkt im Außeneinsatz Personalien überprüfen oder Anzeigen aufnehmen kann – ein Traum für viele unserer Kolleginnen und Kollegen. Wie stehen Sie als Bürgerrechtspartei zu den damit verbun-

Fortsetzung auf Seite 6



Fortsetzung von Seite 5

denen datenschutzrechtlichen Herausforderungen?

FDP: Wir Freien Demokraten sehen keinen Widerspruch zwischen einer modernen Ausstattung der Polizei sowie dem Schutz der Bürgerrechte. Geschützte polizeiliche Kommunikation zu sensiblen Personendaten,

Fahndungsdaten, Einsatzdaten oder anderen sensiblen Daten der Polizeiarbeit dürfen freilich nicht über soziale Netzwerke, Messenger-Dienste oder andere Apps erfolgen, die nicht dem Datenschutz genügen, etwa, weil Daten nicht oder nicht ausreichend verschlüsselt werden, auf ausländischen Servern gespeichert oder verarbeitet werden oder weil Kom-

munikation und Kommunikationsinhalte und -verhalten von Dritten ausgewertet werden können. Smartphones oder Tablets, die über zahllose technische Möglichkeiten verfügen, dürfen nur insoweit dienstlich eingesetzt werden, wie dies mit dem geltenden Polizeirecht beziehungsweise der Strafprozessordnung vereinbar ist.

DP: Wir als GdP sehen uns in der Pflicht, die Berufsattraktivität weiterzuentwickeln und nachhaltig für die Zukunft sicherzustellen. Dazu zählen für uns z. B. Fragen der Arbeitszeit, die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage oder des Kaufkraftausgleichs in Hochpreisregionen. Wie will Ihre Partei das Profil des Bundes als attraktiver Arbeitgeber für Vollzugs- und VerwaltungsbeamtInnen sowie Tarifbeschäftigte stärken?

CDU/CSU: CDU und CSU setzen auf einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst mit motivierten Mitarbeitern, ausreichend Personal und zeitgemäßer Ausstattung. Wir wollen, dass qualifizierte und leistungsbereite Fachkräfte für den öffentlichen Dienst gehalten und neu gewonnen werden können. Dazu bietet der Bund als öffentlicher Arbeitgeber bereits heute ein attraktives Gesamtpaket: Dazu zählen eine Vielzahl an interessanten und gemeinwohlorientierten Aufgaben ebenso wie vielfältige und familienfreundliche Arbeitszeit- und Arbeitsplatzmodelle und faire finan-

zielle Leistungen für alle. Bei den Beamtinnen und Beamten gilt es für CDU und CSU, die bewährte Trias von Besoldung, Versorgung und Beihilfe als Teil der umfassenden Alimentationspflicht zu erhalten. Dieses Gesamtpaket muss passgenau fortentwickelt werden, damit der öffentliche Dienst für Fachkräfte auch künftig attraktiv bleibt.

SPD: Die Attraktivität kann zunächst durch ein modernes Dienstrecht gesteigert werden. Insofern verweisen wir auf die Antwort zu Frage 3 [Siehe Artikel auf Seite, Anm. d. Red.]. Darüber hinaus ist durch die schon 2009 noch in der Großen Koalition beschlossene Dienstrechtsreform der Bundesdienst attraktiver geworden. Ähnlich dem Tarifrecht werden die Erfahrungsstufen schneller durchlaufen und damit die Endgrundgehälter früher als bisher erreicht. Auch sind die Einstellung in einem Beförderungssamt und die Beförderung während der Probezeit möglich. Dadurch erhöht sich die Durchlässigkeit und Attraktivität für leistungsstarke Bewerber, Quereinsteiger und Spezialisten. Die von uns maßgeblich vorangetriebene Mitnahmefähigkeit der Bundesbeamtenversorgung – ähnlich

der Unverfallbarkeit von Betriebsrenten – gewährleistet, dass berufliche Veränderungsmöglichkeiten auch im Beamtenstatus erhalten bleiben. Die insoweit noch schlechteren Bedingungen als in den Ländern müssen korrigiert werden.

DIE LINKE: DIE LINKE setzt sich für die volle Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage ein. Hiermit werden zugleich Ungerechtigkeiten im Beamtenversorgungsrecht beseitigt, die vor allem die Bezieher ohnehin hoher Bezüge bevorzugen. Den öffentlichen Dienst wollen wir insgesamt in seiner Attraktivität für Berufseinsteiger steigern, indem beispielsweise die Flexibilität für Bedienstete mit Familien erhöht, die Mitbestimmung verbessert und die Möglichkeiten des Aufstiegs durch Berufserfahrung und Qualifikation wiederhergestellt bzw. verbessert werden.

B90/DIE GRÜNEN: Wir wollen das „Betriebsklima“ im öffentlichen Dienst insgesamt verbessern und fordern ein modernes, flexibles, familienförderndes Dienstrecht, das übermäßige Arbeitsbelastung und Überstunden vermeidet bzw. ausgleicht. Angesichts der zunehmenden gesundheitlichen Überlastung vieler Beschäftigter gehört auch die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit der Beamten-innen, wie sie derzeit in der AZV geregelt ist, auf den Prüfstand. Gerade im Hinblick auf die aktuelle Belastungssituation der Bundespolizeibeamten/-innen, die durch die Auswirkungen des früheren Personalabbaus bei Bundespolizei und Bundeskriminalamt verursacht ist, müssen alle Maßnahmen zur Entlastung und Förderung der Beamten/-innen geprüft werden. Die physischen und psychischen Anforderungen sind enorm und der Polizeivollzugsdienst bringt eine Vielzahl von Belastungssituationen mit sich. Wir fordern daher die Überprü-

NACHRUF

Mit tiefer Trauer erfüllt uns der Tod unseres Kollegen

Wolfgang Heiner Teschke

welcher am 16. Juni 2017 im Alter von 61 Jahren nach schwerer Krankheit viel zu früh verstarb.

Mit ihm verlieren wir einen stets hilfsbereiten und freundlichen Kollegen.

Unsere Gedanken und unser Mitgefühl sind bei seiner Ehefrau und Familie.

Michael Ramsay – für die GdP-Kreisgruppe Hannover



BUNDESTAGSWAHL

fung der Ruhegehaltsfähigkeit der Stellenzuschläge.

FDP: Ziel muss es selbstverständlich sein, dass der öffentliche Dienst insgesamt auch als Arbeitgeber attraktiv bleibt. Das betrifft Bund und Länder und auch Kommunen allerdings gleichermaßen. Eine leistungsfähige Verwaltung kann es nur geben, wenn dem drohenden Fachkräftemangel ein öffentlicher Dienst mit hoher Attraktivität für die Bewerber entgegengestellt wird – gerade auch mit Blick auf die Konkurrenzsituation zur freien Wirtschaft. Keinen Sinn macht es vor dem Hintergrund, zusätzlich eine Konfliktsituation von Bundesebene und Ländern

um geeignete Polizeivollzugskräfte herbeizuführen. Sowohl Tarifbeschäftigte als auch die Beamtenschaft dürfen nicht einfach von der allgemeinen Lohnentwicklung abgekoppelt, sondern müssen angemessen besoldet werden. Wir wollen daher eine ehrliche Aufgabenkritik und eine weitere Stärkung der leistungsbezogenen Besoldungselemente. Die von Ihnen genannte Polizeizulage sollte ruhegehaltsfähig werden.

Zudem müssen die Stellenkegel so gestaltet werden, dass im allgemeinen Polizeivollzugsdienst nicht nach wenigen Jahren keine Aufstiegsperspektiven mehr in höhere Ämter möglich sind. Auch die Fort- und Weiter-

bildungsmöglichkeiten müssen angesichts der neuen Herausforderungen etwa im Bereich Cybercrime so zur Verfügung gestellt werden, dass eine persönliche Entwicklung auch im laufenden Dienst ermöglicht wird.



BEZIRKSSENIORENKONFERENZ



Delegierte und Gäste der Bezirksseniorenkonferenz. Foto: GdP

Unter dem Titel „Erfahrung gestaltet Zukunft“ trafen sich am 4. und 5. Juli die Delegierten des GdP-Bezirks Bundespolizei in Bebra zur 5. Bezirksseniorenkonferenz. Dabei galt es vor allem, zahlreiche Anträge zu beraten und zu beschließen.

In den neuen geschäftsführenden Bezirksseniorenvorstand wurden gewählt: Vorsitzender Peter Schüttrumpf (DG Bundesbereitschaftspolizei), stellv. Vorsitzender Wolfgang Kubik (DG Akademie), Schriftführer Horst-Dieter Schneider (DG Baden-Württemberg) sowie die Beisitzer Reinhold Schuch (DG Koblenz) und Werner Wigger (DG Küste). Während die Kollegen Schüttrumpf, Kubik und Wigger bereits lange Jahre im Vorstand tätig sind, kamen die Kollegen Schuch und Schneider nun neu hinzu. Sie rückten für die beiden Kollegen Wolfgang Oehler (DG Präsidium) und Siegfried Dienstbeck

(DG Bayern) nach, die nicht erneut kandidiert hatten.

Der Vorsitzende Schüttrumpf berichtete in seinem Geschäftsbericht über die Aktivitäten der Seniorengruppe der letzten vier Jahre. Das Hauptaugenmerk lag dabei auf der Betreuung der Mitglieder der Seniorengruppe. Hier ist durch die zunehmenden Ruhestandszahlen eine ständig steigende Mitgliederentwicklung zu verzeichnen. Daher kommt der Seniorenarbeit steigende Bedeutung zu.

Genau in diese Richtung zielte daher auch der Leittrag der Konferenz: Darin werden die GdP-Vorstände auf Bezirks- und Bundesebene aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den Seniorenvorständen ein Konzept zur Seniorenbetreuung zu erstellen, ggf. vorhandene Konzepte zu überarbeiten und zu erneuern. Auch mit externen Beratern und wissenschaftlicher Unterstützung soll so ein einheitliches Konzept auf

der Höhe der Zeit entstehen, das als „Leitlinie“ von der Gewerkschaftsbasis bis zu den obersten Gremien verankert wird. Die weitere Antragsberatung bezog sich u. a. auf die Bearbeitung der Beihilfe, Abschlüsse bei Erwerbsminderungsrenten, Änderungen zum Rentenbezugsniveau oder die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung.

Mit seiner Vorstellung der Aktivitäten wie Seminare und der aktive Teilnahme an Demonstrationen der GdP und des DGB, der Erstellung von verschiedenen Veröffentlichungen wie dem Newsletter „Senioren-Info“ und dem Senioren-Flyer sowie die Hilfe bei der Bearbeitung von Beihilfen zeigte Peter Schüttrumpf die herausragenden Erfolge der Arbeit der vergangenen vier Jahre auf. Dies betrifft auch die Umsetzung einer dienstlichen Broschüre „Vorbereitung auf

Fortsetzung auf Seite 8



Von Jörg Radek (Mitte) und Peter Schüttrumpf (hinten im Foto) geehrt und verabschiedet: Kollegen Beyer, Landgraf, Oehler und Dienstbeck (v. l. n. r.). Foto: GdP



BEZIRKSSeniorenKONFERENZ

Fortsetzung von Seite 7

den Ruhestand“ und der Erstellung des Ehemaligenausweises – beides GdP-Ideen der Senioren, die dafür lange gekämpft haben. Es ist besonders erwähnenswert, dass nur die gute Zusammenarbeit von „Aktiven“, z. B. Heinz Selzner aus dem Hauptpersonalrat, und Ruheständlern diesen Erfolg möglich gemacht hat. Am Ende konnten alle Vorstellungen der GdP-Senioren zu Broschüre und Ausweis verwirklicht werden.

Zum Abschluss wurden ehemalige Mitglieder aus geschäftsführendem und erweitertem Seniorenvorstand verabschiedet und mit einem Präsent geehrt. Der Bezirksvorsitzende Jörg Radek sprach Siegfried Dienstbeck, Wolfgang Oehler, Gerhard Landgraf (DG Berlin-Brandenburg) und Olaf Beyer (DG Mitteldeutschland) seine hohe Anerkennung und seinen besonderen Dank für ihre Arbeit aus.

Zu den Gästen der Bezirksseniorenkonferenz zählten auch die ehemali-

gen Mitglieder aus dem geschäftsführenden Bezirksvorstand, Josef Scheuring und Karlfred Hofgesang. Weitere Ehrengäste waren Bundesseiniorenvorsitzender Winfried Wahlig und Michael Rudolph vom DGB-Bezirk Nordhessen. Wir gratulieren dem geschäftsführenden Vorstand herzlich zur Wahl und wünschen ihnen nun viel Kraft und alles Gute für die Seniorenarbeit in den kommenden vier Jahren!

Axel Ufermann/AS**JUNGE GRUPPE****Der neue JUNGE-GRUPPE-Vorstand.****Foto: GdP.**

Am 13. 6. 2017 wurde durch die Delegierten des Bezirkes Bundespolizei im Rahmen der Bezirksjugendkonferenz unser neuer Vorstand der JUNGEN GRUPPE gewählt. Vor dem jungen, engagierten Team liegen nun vier arbeitsreiche Jahre.

Unmittelbar nach der Wahl wurde die erste Sitzung abgehalten und zahlreiche Ideen entwickelt, Aufgaben und Aufträge mitgenommen.

Ein großes Anliegen des neuen Vorstandes ist es, vor allem den Anwärterinnen und Anwärtern, Azubis sowie den jungen Kolleginnen und Kollegen bei Fragen und Problemen zur Seite zu stehen. Gemeinsam sollen Verbesserungen und Veränderungen voran gebracht werden.

Der Vorstand JUNGE GRUPPE Bezirk Bundespolizei heißt unsere neue Kolleginnen und Kollegen, die

aktuell ihre Ausbildung in Bundespolizei und Zoll beginnen, herzlich willkommen. Wir freuen uns sehr, euch im „Team“ begrüßen zu dürfen! Unter junge-gruppe@gdp-bundespolizei.de stehen wir Euch mit Rat und Tat zur Seite und nenen Euch gerne Eure GdP-Ansprechpartner in Eurer Nähe.

Das jüngste Projekt der JUNGEN GRUPPE, Bezirk Bundespolizei, ist die Kampagne „Kaufkraftausgleich - Ihr braucht uns? Dann tut was!“ mit der wir uns vor allem für eine Verbesserung der Situation von Berufsanfängern in Hochpreisregionen einsetzen. Unter Leitung des JUNGE-GRUPPE-Vorsitzenden Martin Friese fanden in den vergangenen Monaten schon zahlreiche Gespräche mit Politikern verschiedener Parteien zu diesem Thema statt. Wir bleiben dran!

Nicole Bögel für die JUNGE GRUPPE**JAV**

Nach der konstituierenden Sitzung in Potsdam kann die neu gewählte Bezirksjugend- und Auszubildendenvertretung (BJAV) der Bundespolizei nun mit ihrer Arbeit beginnen. Die 23-jährige Eileen Sommer aus der BPOLD Hannover wurde zur neuen Vorsitzenden der BJAV gewählt. Stellvertreterin ist Carmen Stolzenburg (25), Auszubildende im ersten Lehrjahr aus der BPOLD Koblenz.

Die BJAV setzt sich aus sieben Mitgliedern aus dem gesamten Bun-

desgebiet zusammen. Sechs dieser neu gewählten Mitglieder sind Mitglied in der Gewerkschaft der Polizei. Eine erste Zusammenkunft der BJAV ist für diesen Herbst geplant, damit sich alle Mitglieder zum ersten Mal kennenlernen und austauschen können. Dabei sollen Aufgabenfelder definiert und aufgeteilt werden.

Außerdem hat die BJAV vor, intensiv mit dem Bezirkspersonalrat zusammenzuarbeiten, um auch dort den Anliegen der Jugendlichen und Auszubildenden eine Stimme zu geben.

Eileen Sommer**Eileen Sommer und Carmen Stolzenburg.****Foto: GdP**